



11.11.2010

Presseerklärung zur geplanten Oberschule

Die Niedersächsische Direktorenvereinigung reagiert mit Unmut und Empörung auf die in der Presse veröffentlichten Pläne des niedersächsischen Kultusministers Dr. Althusmann, die Oberschule nicht als kooperative, sondern als integrative Schulform einzurichten.

Hatten der Kultusminister und die CDU zu Beginn der Veröffentlichung der Pläne noch den kooperativen Charakter der neuen Schulform eindeutig in den Vordergrund gerückt, weisen öffentlich getätigte Äußerungen des Kultusministers und der schulpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion in den letzten Tagen eindeutig in Richtung einer weiteren integrierten Schulform. Es kann keinerlei Zweifel mehr daran bestehen, dass der vorgesehene Gesetzentwurf sich eindeutig an den Strukturen der Integrierten Gesamtschule orientiert, weil entsprechende Interessengruppen dies fordern.

Die Direktorenvereinigung wendet sich auch mit großer Entschiedenheit gegen jetzt offenkundig werdende Pläne, von der Fünfzügigkeit der Integrierten Gesamtschulen abzurücken und schon jetzt die Vierzügigkeit bei der Einrichtung neuer Gesamtschulen zuzulassen. Durch die vom Kultusminister immer wieder vorgebrachte These, die neue Oberschule sei neben dem Gymnasium die „zweite Säule“, wird durch die Hintertür eine weitere integrative Schulform als Regelschule zu Lasten des Gymnasiums auf den Weg gebracht.

Die Niedersächsische Direktorenvereinigung hat immer wieder ihre Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Weiterentwicklung des niedersächsischen Schulwesens deutlich gemacht. Einer kooperativen Zusammenführung von Haupt- und Realschule steht die Direktorenvereinigung nach wie vor positiv gegenüber. Sie wehrt sich aber mit Entschlossenheit gegen alle Pläne, die zu Lasten des Gymnasiums gehen. Die Oberschule, so wie sie sich in den letzten Tagen strukturell herauskristallisiert hat, ist eine weitere integrative Schulform, die zwangsläufig dazu führen wird, dass die Gymnasien erheblich an Schülerinnen und Schülern verlieren werden, weil die Oberschule bei mindestens 3 Zügen auch einen Gymnasialzweig und eine gymnasiale Oberstufe anbieten kann. Benachbarte Gymnasien werden viele Schülerinnen und Schüler verlieren, ja die Existenz dieser Gymnasien wird ernsthaft bedroht sein. Durch die Verschiebung der Entscheidungshoheit auf die Kommunen gibt es darüber hinaus keine Regulative mehr, einer derartigen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Das Land zieht sich aus seiner Verantwortung für das gymnasiale Schulwesen zurück.

Alle in der Presse publizierten Pläne des Ministers, die Schulstrukturreform diene der Stärkung des Gymnasiums, werden durch die neueste Entwicklung ad absurdum geführt. Die neue Oberschule ist eine akute Gefahr für die Zukunft des Gymnasiums, weil sie eine Parallelwelt suggeriert, die de facto die Eltern beruhigen soll und den Schulträger befähigen wird. Sie suggeriert einen „dritten Weg“, der am Ende erfolgreiche gymnasiale Schulbildung verkündet. Die neue Oberschule leistet einem integrierten System Vorschub, das unter dem Motto „gemeinsames Lernen“ Vertrauen stiftet und Akzeptanz erhalten wird. Dies insbesondere bei Schulträgern, Kommunen und Eltern, die für ihr Kind den leichteren Weg erhoffen als das Abitur nach 12 Jahren, das vielerorts fälschlicherweise mit Strapazen, Wegfall der Kindheit etc. konnotiert wird. Der Gymnasialzweig in der Oberschule wird eine Einbahnstraße werden, die einen drastischen Rückschritt in der Qualitätsentwicklung von Bildung und Ausbildung in Niedersachsen markiert. Bremer Verhältnisse sollten ein warnendes Beispiel sein.

Die Niedersächsische Direktorenvereinigung kann es nicht hinnehmen, dass durch die Hintertür das Gymnasium in Niedersachsen entscheidend geschwächt wird. Alle Versicherungen, die neue Schulstruktur solle das Gymnasium stärken, sollen offenbar nur dazu dienen, die Interessenvertretungen des Gymnasiums bis zur Einführung der neuen Schulform ruhig zu halten.

Darüber hinaus wehrt sich die Direktorenvereinigung vehement dagegen, dass nach den jetzigen Plänen des Kultusministers das Gymnasium hinsichtlich der personellen und sächlichen Ausstattung gegenüber den Gesamtschulen und der Oberschule weiterhin in unvertretbarer Weise benachteiligt bleibt.

Nach Ansicht der Niedersächsischen Direktorenvereinigung ist Niedersachsen dabei, sich von der Qualitätsorientierung des Schulwesens zu verabschieden und eine unkontrollierte Beliebigkeit der Schulstruktur in den Regionen zu entwickeln. Erste konkrete Rückmeldungen der kommunalen Schulträger belegen diese These.

Die Struktur der Oberschule, so wie sie in den letzten Tagen über das Ministerium und über die schulpolitischen Sprecher der CDU kommuniziert worden ist, ist eine Kampfansage an das Gymnasium und an ein leistungsfähiges Schulwesen in Niedersachsen!

Mit freundlichem Gruß

Heidrun Korsch
Vorsitzende der Niedersächsischen Direktorenvereinigung